

In zwölfter Stunde.

Von Reichsratsabgeordneten **J. W. Dobernig.**

Der Hauptgrund, auf den das Scheitern der Aufgaben, die sich Graf Clam-Martinić gestellt hatte, zurückzuführen ist, liegt in einem persönlichen Mangel: Dieser Ministerpräsident hatte seine Sendung mit dem festen Willen übernommen, war redlich bemüht, seine Gedanken und Pläne in die Tat umzusetzen und konnte damit nicht durchdringen, weil er eben die offenen und geheimen Kräfte des parlamentarischen Bodens nicht kannte, deshalb auch mit den Schwierigkeiten, die in ihnen verborgen sind, nicht rechnete. Von einem Programm, das sich auf die alleinige Grundlage eines „Nur-Österreichums“ stützte, kann ein Ministerpräsident nicht lange leben. Zu dieser Erkenntnis ist Graf Clam-Martinić leider gekommen. Die Deutschen sehen ihn mit Bedauern scheiden: sie hatten ihn, der aus den Lehren des Krieges eine Reihe von Erfahrungen gezogen hatte, als eine offene, geradlinige Natur kennen gelernt.

Was die nächste Zukunft bringt, läßt sich zur Stunde auch nicht andeutungsweise aussprechen; vermutlich dürfte ein Uebergangsministerium zur Erledigung der dringendsten politischen Tagesbedürfnisse berufen werden, ein Uebergangsministerium, ohne starken parlamentarischen Einschlag. Die Entscheidung steht beim Kaiser. Schon jetzt muß mit aller Deutlichkeit und vor der gesamten Öffentlichkeit dringend gefordert werden, daß das künftige Ministerium mit dem vollen Aufwand der ihm zur Verfügung stehenden Kräfte sich um die wirtschaftlichen Sorgen des Tages bemühe. Der Reichsrat hat, obwohl bald ein Monat seit seiner Einberufung verstrichen sein wird, noch immer nicht Zeit gefunden, sich mit dem zu beschäftigen, was die Bevölkerung von ihm erwartet hatte. Vorher mußte der Geschäftsunordnung, durch die das Haus jahrelang der Verwüstung preisgegeben war, ein fester Damm

entgegengesetzt und das Budgetprovisorium der ersten Lesung unterzogen werden. Schon bei der Behandlung des Budgetprovisoriums im Ausschuß stockte der Apparat, weil die Slawen sich gegenseitig darauf eingeschworen haben, dem Ministerpräsidenten das Lebenslicht auszublasen. Hieraus entstand eine schwere politische Verwirrung. Die Entwirrung erfordert kostbare Zeit, die leider den wirtschaftlichen Arbeiten entzogen wird.

Am Montag tritt der kriegswirtschaftliche Ausschuß zusammen, hoffen wir, daß er sich sofort in die Erfüllung der ihm obliegenden Pflichten vertieft. Dieser Ausschuß sowie der Ernährungsausschuß sind die Stätten, auf welchen die ungeheuren wirtschaftlichen Auswüchse besprochen und bekämpft werden müssen. Hier ist keine Stunde zu verlieren. Die Not des Volkes pocht an die Tore des Parlaments. Sie steht über den staatsrechtlichen Wünschen der nichtdeutschen Parteien. Und wenn das Parlament keine Wienemachen sollte, die vieltausendstimmigen Hilferufe zu hören, dann wird es vom verdienten Schicksal ereilt werden.

Noch ist es nicht zu spät; noch kann manche Unterlassung gut gemacht werden. Den deutschen Volksvertretern fehlt es an dem ernststen Willen hierzu ebensowenig als an dem Tag, an dem sie die Hallen des Parlaments wieder betreten haben. Die Verantwortung für alle Versäumnisse müssen sie ausdrücklich und in jeder Form ablehnen.